

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 63 (1990)

Heft: 3

Artikel: Sicherheitspolitik : wider die Propagierung politischer Unkultur

Autor: Heller, Daniel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wider die Propagierung politischer Unkultur

Die Abstimmung über die Initiative Schweiz ohne Armee zeitigt gegenwärtig bedenkliche Folge-Erscheinungen. Während die GSoA zu Verweigerungen und Störaktionen aufruft, fehlt offenbar in der Armeeleitung ein durchdachtes Gesamtkonzept, wie das zu Tage getretene Reformdefizit durch sinnvolle Massnahmen beseitigt werden kann.

Welchen undemokratischen Gesellen ein Teil der Ja-Stimmenden (Umfragen zufolge bis zu 20% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger) am 26. November 1989 aufgesessen ist, wird deutlich. Nicht genug, dass sich die GSoA und ihre Exponenten nach der Abstimmung, die sie mit einem Resultat von $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ der Stimmen verloren haben, in seltener Arroganz als eigentliche Sieger aufgespielt haben. Kaum zwei Monate nach dem Urnengang kann man zur Kenntnis nehmen, wie es weitergehen soll: Ein Aufruf zur Massendienstverweigerung, nicht nur im Bereich der Armee, sondern auch in allen anderen Bereichen der Gesamtverteidigung wird lanciert.

Die Ignoranz der Armeegegner wird daraus ersichtlich, dass unter den Begriff der Gesamtverteidigung auch die Entwicklungshilfe, die Guten Dienste, die Aussenpolitik und andere Elemente der sogenannten «ausgreifenden Komponenten» unserer Sicherheitspolitik (oder eben Gesamtverteidigung) gehören (nachzulesen im Bericht zur Sicherheitspolitik des Bundesrates 1973). Weitere Armeeabschaffungs- und friedenspolitische Initiativen sollen uns bevorstehen. Defilees will die GSoA in Zukunft aktiv stören.

Undemokratische Gesellen

Mit derart fragwürdigen Instrumentarien der politischen Auseinandersetzung sollen wir uns heute abfinden. Solche Verweigerungs-, Ausstiegs- und Widerstands-Mentalitäten werden sich für die Funktion unserer direktdemokratischen Einrichtungen als Beerdigung 1. Klasse erweisen. Es wird der Augenblick kommen, in dem in unserem Land keine Entscheide mehr akzeptiert oder durchzusetzen sein werden. Sollten gleichwohl Probleme gelöst werden, so wird dies nur nach einer grundlegenden Reform

unseres Staatswesens möglich sein – eine Reform, die aber kaum auf eine Stärkung der Volksrechte hinauslaufen wird.

Armeereform: Was tut not?

Der Beobachter ist in jüngster Zeit mit diversen Massnahmen in Sachen Armeereform aus dem Kreise der Armeeführung «beglückt» worden. Die Fünftagewoche in Schulen wurde dekretiert und grosse Manöver als unzeitgemäss bezeichnet. Dies kaum zwei Monate nach der Abstimmung vom 26. November. Man kann sich fragen, ob derartige «Schnellschüsse» wirklich das sind, was wir brauchen, um das offensichtliche Reformdefizit im Bereich der Armee zu beseitigen.

Ohne im einzelnen auf die angekündigten Massnahmen eingehen zu wollen, muss jetzt verlangt werden, dass man auch im EMD und der Armeeführung eine Denkpause einschaltet. Es geht nicht darum, mit Flickwerk jahrelang Versäumtes nachzuholen und erst noch zu glauben, damit bei einer nächsten militärpolitischen Ausmarchung besser über die Runden zu kommen. Weiteren Reformen hat eine gründliche Lagebeurteilung, eine umfassende Analyse aller relevanten Bereiche und vor allem der Einbezug der Betroffenen voranzugehen. Die Miliz im weitesten Sinne ist aufgerufen, ebenfalls ihre Vorstellungen zu entwickeln und diese mit Nachdruck einzubringen. Die Armee ist viel zu wichtig, als dass man sie einfach den Berufsmilitärs überlassen darf.

Dr. Daniel Heller, Grossrat (FDP), Erlinsbach

Die Milizarmee ist die demokratischste Form der Landesverteidigung.